

09.437

**Parlamentarische Initiative
Büro-NR.
Erhöhung
der Fraktionsbeiträge
zur Deckung der Kosten
der Sekretariate**

**Initiative parlementaire
Bureau-CN.**

**Augmentation des contributions
allouées aux groupes afin de couvrir
les frais de fonctionnement
de leurs secrétariats**

Zweitrat – Deuxième Conseil

Einreichungsdatum 28.05.09

Date de dépôt 28.05.09

Bericht Büro-NR 21.08.09 (BBI 2009 6197)
Rapport Bureau-CN 21.08.09 (FF 2009 5583)

Stellungnahme des Bundesrates 11.09.09 (BBI 2009 6205)
Avis du Conseil fédéral 11.09.09 (FF 2009 5591)

Nationalrat/Conseil national 21.09.09 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 23.11.09 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 26.11.09 (Differenzen – Divergences)

Wir sind mit dem Umstand konfrontiert, dass uns der Bundesrat immer häufiger Geschäfte im Dringlichkeitsverfahren vorlegt und wir dann rasch reagieren müssen. Wir können dem Bundesrat nicht sagen, es braucht einige Monate, bis unsere Sekretariate die Frage studiert hätten und bis dann die allfälligen Stellungnahmen der Fraktionen und der Ratsmitglieder bereit seien. Dasselbe erwarten von uns die Medien: Die Medien mögen natürlich sämtliche Erhöhungen der Beiträge für den Parlamentsbetrieb kritisieren. Aber ich gehöre dieser Branche an, und ich weiß, wie es geht. Wir sind ungeduldig in dieser Branche. Man kann nicht einem Journalisten antworten: Ja, jetzt ist eine Vernehmlassung im Gange, es gibt jetzt eine Botschaft des Bundesrates, rufen Sie bitte in einer Woche an, bis dann haben wir das studiert. Nein, man muss den Journalisten sofort, innerst einer Stunde, antworten.

Alles gut und recht, aber wer bereitet diese Arbeit vor? Wer gibt uns die Mittel, diese Aufgabe wahrzunehmen? Der mediale Druck ist auch ein Teil der Gegebenheiten, mit denen wir umgehen müssen. Eine Studie der Universität Bern hat es vor ein paar Jahren gezeigt: Das Schweizer Parlament ist pro Kopf der Bevölkerung das günstigste Parlament in der ganzen OECD. Es bleibt dies natürlich auch mit den Erhöhungen, die wir heute in Diskussion haben. Das soll uns schon ein bisschen zu einem Verständnis dieser Frage führen.

Das Büro des Nationalrates hat deswegen mit der Beratung dieser Vorlage angefangen, hat die Fraktionspräsidenten und -sekretariate angehört und ist zum Schluss gekommen, es braucht eine Erhöhung. Fünf von sechs Fraktionen haben sich zugunsten einer Erhöhung geäussert. Das Büro des Ständerates hat im letzten Juni, wie gesagt, im Prinzip auch zugestimmt. Nun, was ist dann passiert? Eigentlich hat der Berg eine Maus geboren. Oder: Die vom Nationalrat beschlossene Erhöhung ist eine Erhöhung in homöopathischem Ausmass. Um es klar zu sagen: Heute betragen diese Beiträge an sämtlichen Fraktionen 94 500 Franken pro Fraktion als Grundbeitrag und 17 500 Franken pro Ratsmitglied, die natürlich nicht an die Mitglieder, sondern an die Fraktion gehen. Das Verhältnis zwischen den beiden Beträgen ist 1 zu 5,4. Und der Nationalrat möchte dieses Verhältnis nicht antasten. Aber wir werden noch sehen, dass dies eine Rolle spielt.

Der Nationalrat ist dann mit einem Vorschlag gekommen. Wenn wir uns heute bei den zwei Einzelanträgen Gutzwiller und Brändli finden, ist das eine Erhöhung von insgesamt 915 000 Franken für das ganze Parlament. Eine vollamtliche Arbeitsstelle inklusive Lohnkosten, Sozialkosten, Infrastruktur, Spesen usw. kostet schätzungsweise ungefähr 150 000 Franken pro Jahr, wenn man einen Profi und nicht einen Studenten nimmt. Die 900 000 Franken, um die der Nationalrat erhöhen möchte, ergeben insgesamt sechs Arbeitsstellen. Ist das wirklich eine Stärkung der Fraktionen in diesem Parlament? Eine Arbeitsstelle mehr pro Fraktion, das ist ungefähr das, was wir im Kopf haben. Deswegen sind die Fraktionssekretariate eigentlich schon enttäuscht. Sie hatten in den Anhörungen dem Büro des Nationalrates Bedürfnisse für eine Erhöhung in der Höhe von ein bisschen mehr als 3 Millionen Franken mitgeteilt. Die 900 000 Franken entsprechen nicht ganz den Bedürfnissen, die eigentlich von den Fraktionen belegt wurden.

Noch eine kleine zusätzliche Bemerkung: Der Nationalrat hat über eine Fahne abgestimmt, die nicht dem Willen des Büros entsprach, weil die Fahne falsche Zahlen enthielt. Das war kein Fehler der Fraktionssekretariate, sondern allenfalls der Parlamentsdienste. Aber es gilt die Fahne des Nationalrates, und deswegen müssen wir jetzt mit dieser Fahne weiterarbeiten.

Unser Büro hat in Kenntnis dieser Sachlage Folgendes beschlossen: Beim Grundbetrag wurde eigentlich die Fassung des Nationalrates beschlossen – gemäss der Fahne, wohlgemerkt, und nicht gemäss der ursprünglichen Fassung des Büros –, aber es hat beschlossen, die Fahne des Nationalrates zu übernehmen, dort keine Differenz zu schaffen, also 144 500 Franken als Grundbeitrag pro Fraktion festzulegen.

Lombardi Filippo (CEg, TI), für das Büro: Das Büro des Nationalrates unterbreitet uns eine Vorlage in Form einer parlamentarischen Initiative. Dieser Initiative hat das Büro des Ständerates, das hier als Kommission fungiert hat, bei der Vorprüfung im letzten Juni zugestimmt. Jetzt geht es darum, die Inhalte der Vorlage in der Detailberatung im Ständeratssplenum zu behandeln.

Ich möchte auf die Ansprachen unserer beiden heutigen Präsidenten, der neuen Präsidentin und des scheidenden Präsidenten, zurückblenden: Frau Forster sagte in ihrer Rede, dass wir kein Berufsparlament werden wollen, sondern ein Milizparlament bleiben möchten; Herr Berset sagte, unser Milizparlament stösse an seine Grenzen. Das System hat die Grenzen erreicht. Es geht jetzt darum, das Parlament zu stärken. Das Parlament kann man stärken, indem man die Parlamentsdienste stärkt, indem man also den Ratsmitgliedern weitere Leistungen zur Verfügung stellt; aber man kann und muss das Parlament natürlich auch durch die Unterstützung der sehr bedeutenden Arbeit der Fraktionen stärken. Die Bedeutung der Fraktionen ist unbestritten. Sie sind eigentlich Organe der Bundesversammlung, sie prägen und ermöglichen die ganze Arbeit der Bundesversammlung. Wenn es also darum geht, das Parlament, die Legislative, zu stärken – einerseits gegenüber der Exekutive, Verwaltung und Bundesrat, und andererseits gegenüber den Interessengruppen und Lobbyen dieses Landes –, dann darf man nicht pingelig sein. Es geht darum, das Parlament zu stärken – gegenüber einer Verwaltung, die ständig wächst und mehr Mittel hat und diese Mittel auch einsetzt, und gegenüber den Interessengruppen, die natürlich immer versuchen, das Parlament zu beeinflussen; das gehört zum System. Es geht darum, die Sache wirklich anzupacken und zu fragen, was wir tun wollen.

Es ist bekannt, dass die Anzahl und die Komplexität der Geschäfte in diesem Rat, in der Schweizer Politik zunehmen. Es ist bekannt, dass eine bessere Unterstützung der Ratsmitglieder notwendig ist. Das System ist so, dass nur die Sekretariate der Fraktionen diese Arbeit wahrnehmen können. Es ist wichtig – ich spreche jetzt als abtretender Kommissionspräsident –, dass die Arbeiten der Delegationen in den Kommissionen des Nationalrates und des Ständerates besser koordiniert werden; das dient dem Parlament. Das können die Fraktionssekretariate aber nur machen, wenn sie die entsprechenden Mittel haben.



Dann haben wir gerechnet: Wenn wir das Verhältnis 1 zu 5,4 zwischen dem Beitrag pro Mitglied und dem Grundbetrag für die Fraktion einhalten möchten, dann ergibt das einen Beitrag pro Mitglied von 26 800 Franken. Deshalb sind wir auf diese Zahl gekommen: Wir schaffen keine Differenz zur nationalrätslichen Fahne in Sachen Grundbeitrag, dafür halten wir das Verhältnis 1 zu 5,4 ein; deswegen kommen wir mit unserer Rechnung auf 26 800 Franken pro Mitglied. Das Ergebnis dieser ganzen Übung ist eine Erhöhung um etwa 2,5 Millionen Franken. Die heutigen Beträge machen ungefähr 5 Millionen Franken aus; die Erhöhung, wie sie vom Büro des Ständerates vorgeschlagen wird, beträgt 2,5 Millionen Franken.

Natürlich haben gewisse Medien schon geschrieben: Die Parlamentarier gönnen sich eine 50-prozentige Erhöhung. Ich kann eine solche Haltung nicht verstehen. Seit der Einführung dieser Beiträge ist zwar die Teuerung regelmässig ausgeglichen worden, aber nur einmal hat eine substantielle reale Erhöhung stattgefunden. Der entsprechende Bericht der Ratsbüros stammt vom 25. August 2000, er ist vom damaligen Präsidenten, Carlo Schmid, unterschrieben. In diesem Bericht heisst es, man wolle eine Erhöhung von 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dieser Erhöhung wurde zugestimmt; das ist die einzige reale Erhöhung, die vorgenommen wurde.

Ich möchte die Begründungen aus dem damaligen Bericht zitieren: «Die Parteien erachten es aus staatspolitischen Gründen als wichtig, dass die Ratsmitglieder und Fraktionen dafür nicht nur auf die Dienste von Verbänden und anderen Lobbyorganisationen zurückgreifen müssen, sondern sich primär durch parteiinterne Ressourcen beraten und unterstützen lassen können. ... Die Finanzierung der mit dem Parlamentsbetrieb zugunsten der Öffentlichkeit anfallenden Kosten sollte deshalb korrekterweise durch die öffentliche Hand und nicht durch die Parteien vorgenommen werden.» Damals ging man aufgrund einer Studie des Schweizerischen Institutes für Politikwissenschaft der Universität Bern davon aus, dass eine Quersubventionierung der Parteien zugunsten der Fraktionen im Gange war, denn die Parteien mussten die Arbeit machen, die eigentlich dem Parlamentsbetrieb zugutekam. Der Bericht besagte schon damals, dass die Quersubventionierung zumindest teilweise ausgeglichen werden sollte. Man hat die Quersubventionierung 2000 also nicht ganz ausgeglichen, sondern man hat sie teilweise ausgeglichen.

Wenn wir den Beschluss des Nationalrates oder die Einzelanträge übernehmen, würden wir wieder einmal eine Teilarbeit machen, keine grundsätzliche Arbeit, keine wirkliche Stärkung der Fraktionen. Die Fraktionen dienen dem Parlament, sie dienen dem Volk. Es ist also falsch zu sagen, dass sich die Parlamentarier etwas gönnen. Das ist kein Geld, das in den Taschen der Parlamentarier landen soll; das ist Geld für die Arbeit des Parlamentes im Dienste des Volks.

Deswegen möchte ich Sie bitten, auf die Vorlage einzutreten und die Fassung unseres Büros zu unterstützen.

Eine zusätzliche Bemerkung: Aus dem Nationalrat kommt mit Artikel 10 Absatz 2 eine Neuerung. Sie besagt, dass die Fraktionen jeweils bis Ende März der Verwaltung delegation über die Verwendung der Beiträge im vergangenen Rechnungsjahr berichten. Das Erfordernis dieser Berichterstattung ist einmal mehr Beweis dafür, dass es hier um eine seriöse Angelegenheit geht, indem die Fraktionen diese Gelder tatsächlich für die parlamentarische Arbeit brauchen und darüber Bericht erstatten. Diese Neuerung ist für unsere Bemühungen, immer mehr Transparenz zu schaffen, nicht unbedeutend. Es geht uns aber auch darum, dem Parlament die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Verordnung der Bundesversammlung zum Parlamentsressourcengesetz (Erhöhung der Fraktionsbeiträge)
Ordonnance de l'Assemblée fédérale relative à la loi sur les moyens alloués aux parlementaires (Augmentation des contributions allouées aux groupes)

Detailberatung – Discussion par article

Titel

Antrag des Büros

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre

Proposition du Bureau

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ingress

Antrag des Büros

... Nationalrates vom 21. August 2009 ...

Préambule

Proposition du Bureau

... vu le rapport du 21 août 2009 du ...

Angenommen – Adopté

Ziff. I Einleitung

Antrag des Büros

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. I introduction

Proposition du Bureau

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 10

Antrag des Büros

Abs. 1

... der Beitrag pro Mitglied 26 800 Franken.

Abs. 2

... über die Verwendung der Beiträge im vergangenen Rechnungsjahr.

Antrag Gutzwiller

Abs. 1

Der Grundbeitrag beträgt 112 000 Franken, der Beitrag pro Mitglied 20 800 Franken.

Antrag Brändli

Abs. 1

Der Grundbeitrag beträgt 112 000 Franken, der Beitrag pro Mitglied 20 800 Franken.

Art. 10

Proposition du Bureau

Al. 1

... celui par député à 26 800 francs.

Al. 2

... Délégation administrative sur l'utilisation des contributions reçues au cours de l'exercice précédent.

Proposition Gutzwiller

Al. 1

Le montant de base s'élève à 112 000 francs, celui par député à 20 800 francs.

Proposition Brändli

Al. 1

Le montant de base s'élève à 112 000 francs, celui par député à 20 800 francs.



Gutzwiller Felix (RL, ZH): Da mein Antrag darauf abzielt, den Beitrag um etwas weniger als die vom Sprecher des Büros beantragten 50 Prozent zu erhöhen, nämlich nur um 25 bis 30 Prozent, werde ich auch proportional weniger Redezeit beanspruchen.

Was Sie in meinem Antrag lesen, entspricht genau dem ursprünglichen Vorschlag des Büros des Nationalrates. Wie der Sprecher des Büros erklärt hat, gab es unterschiedliche Fehlen und unterschiedliche Interpretationen, aber mein Antrag entspricht genau dem ursprünglichen Antrag des Büros des Nationalrates und dem wirklichen Willen des Rates. Es gibt gute Gründe, eine Erhöhung der Beträge vorzusehen, aber eben eine massvolle, und eine Erhöhung um 50 Prozent oder mehr ist in der heutigen Zeit nicht wirklich massvoll. Die Gründe, die für eine Erhöhung sprechen, sind klar: Wir haben eine zunehmend komplexe Arbeit zu leisten, und die Anforderungen an uns Parlamentarier steigen. Ich habe aber die Voten unseres früheren Präsidenten und unserer neuen Präsidentin so interpretiert, dass es nicht einfach um exorbitante Erhöhungen gehe, sondern um ein grundsätzliches Überdenken unserer Arbeit, etwa in die Richtung der nachfolgend zu behandelnden Motion. Da kann es nicht einfach nur um Geld gehen, da muss es auch um die grundsätzliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen gehen. So habe ich es verstanden.

Mein Antrag sieht also vor, dass Sie beim Grundbeitrag pro Fraktion von 94 500 auf 112 000 Franken gehen und beim Beitrag pro Mitglied der Fraktion von 17 500 auf 20 800. Das ist eine massvolle Erhöhung, die dem Willen des Nationalrates entspricht und die man auch kommunizieren kann. Das Parlament ist unter scharfer Beobachtung: Wir müssen klar machen, dass auch wir uns die Investition jedes Frankens überlegen. Ich bin überzeugt, dass die Erhöhung um fast 50 Prozent, die das Büro beantragt hat, nicht wirklich kommunizierbar ist. Bleiben wir massvoll, damit haben wir auch die Akzeptanz der Leute draussen, und überlegen wir uns bei weiteren Traktanden die Möglichkeiten, die wir haben, um unsere Arbeit zu optimieren.

Ich bitte Sie also, meinem Antrag zuzustimmen, damit den ursprünglichen Antrag des Büros des Nationalrates zu übernehmen und eine massvolle Erhöhung zu beschliessen.

Brändli Christoffel (V, GR): Ich bin ursprünglich davon ausgegangen, dass Herr Gutzwiller dem Nationalrat folgen will. Ich bin sehr froh, dass auch er dem Büro des Nationalrates folgen will, und ich kann mich deshalb sehr kurz fassen.

1. Ich glaube, dass wir auch sparsam sein müssen, wenn es um uns geht. Das Büro des Nationalrates schlägt eine Erhöhung von über 20 Prozent der Beiträge vor. Es ist unhaltbar, wenn wir heute aufgrund der Finanzlage usw. überall Kürzungen verlangen und uns nur für uns solche Erhöhungen von 50 Prozent leisten wollen. Wir marschieren hier sehr klar in Richtung Parteienfinanzierung. Man müsste hier auch eine eingehende Diskussion über die Schnittstellen zwischen Parteien und Fraktionen führen, wenn man solch grosse Schritte mache. Ich persönlich glaube, dass das heute finanziell nicht akzeptabel ist. Ich habe mir ursprünglich überlegt, ob ich einen Rückweisungsantrag stellen sollte. Die Vorlage ist auch deshalb sehr wackig, weil es wohl einmalig ist, dass das Büro des Ständerates keinen einstimmigen, sondern einen mehrheitlichen Antrag stellt. Es wäre gut gewesen, wenn das Büro sich zu einem einstimmigen Antrag zusammengerauft hätte, dann wären nicht diese 50 Prozent herausgekommen.

2. Zur Effizienz im Milizsystem: Herr Lombardi hat die Frau Präsidentin sowie den alt Präsidenten zitiert. Ich bin mit allem einverstanden, was er sowie die Präsidenten gesagt haben. Aber wenn wir über die Effizienz des Milizsystems diskutieren und darüber, wie wir diese stärken wollen, dann müssen wir einmal anhand konkreter Grundlagen, anhand einer Botschaft eine Debatte führen. Es ist kein kluges Vorgehen zu sagen, man gebe einmal 2,5 Millionen Franken aus, dann werde es schon gut herauskommen, die Fraktionen sollten dann Berichte darüber schreiben, was sie tun werden. Diese werden blumig aussehen. Aber ein Konzept

zur Stärkung der Effizienz des Milizsystems ist das nicht. Bringen Sie zuerst dieses Konzept, und dann kann man über eine grundsätzlich neue Finanzierung diskutieren. Wir fahren heute grosszügig, wenn wir mit plus 20 Prozent dem Büro des Nationalrates folgen. Sie werden morgen keine Budgetpositionen mit solchen Wachstumsraten beschließen. Aber hier geht es schliesslich um uns, und deshalb können wir es uns leisten.

Aber ich bitte Sie, hier diese 50 Prozent abzulehnen und dem Antrag Gutzwiller und meinem Antrag zu folgen.

Schwaller Urs (CEg, FR): Ein geordneter Ratsbetrieb liegt im Interesse des Parlamentes und der Parlamentsdienste. In den letzten Jahren haben wir in den Fraktionen eine Zunahme der Zahl der Aufgaben festgestellt, sei dies nun wegen der immer grösser werdenden Zahl von Vorstossen oder wegen der zunehmenden Anzahl Vernehmlassungen, Sondersessionen, ausserordentlicher Sessionen und dringlicher Geschäfte. Es steht aber keine materielle Besserstellung oder Erhöhung der Dienstleistung der Parlamentsdienste zur Verfügung, weder zugunsten der einzelnen Parlamentarier noch zugunsten der Fraktionen. Die meisten von uns sind glücklicherweise immer noch Milizparlamentarier mit einem Beruf, den sie parallel zur Kommissions- und Sessionsarbeit ausüben. Der kleine Betrag, der jedem Parlamentarier zur Verfügung gestellt wird, teilweise für eine persönliche Arbeitsentlastung, reicht aber nicht aus, um die verschiedenen Geschäfte auch in der Vorbereitung tatsächlich besser unterstützen zu können. Hier sollten die Fraktionen eine unterstützende Rolle wahrnehmen können. Für die Erledigung dieser Arbeiten stehen den Fraktionen heute aber wenig personelle Ressourcen zur Verfügung. Weil viele Arbeiten in den Fraktionen auch parteipolitisch geprägt sind, können diese Leistungen nicht von den Parlamentsdiensten erbracht werden.

Dies war der Grund, weshalb wir, d. h. die Fraktionsverantwortlichen, uns vor der Sommersession einmal getroffen haben und mit Ausnahme einer Fraktion zum Schluss gekommen sind, es sei angebracht, um zweckgebundene personelle Ressourcen zu ersuchen. Anlässlich der beiden Sitzungen mit den Fraktionschefs habe ich auch ausgeführt, dass ich keine Probleme damit habe, dass die Fraktionen den Einsatz dieser zusätzlichen Mittel nachträglich ausweisen und belegen sollen. Das ist ja nun auch in die Vorlage aufgenommen worden. Eine Quersubventionierung der Parteien steht ausser Diskussion. Es geht darum, den Fraktionen die notwendigen finanziellen Mittel zur Bezahlung der administrativen Mitarbeiter sowie der wissenschaftlichen Mitarbeiter mit einer gewissen Qualifikation zu gewährleisten. Für mich ist wichtig, dass wir in den Fraktionen auch die Kommissionsmitglieder in ihrer Recherchier- und Vorbereitungsarbeit besser begleiten können. Das ist heute oft nicht der Fall. Im gleichen Zug wird dann der zu grosse Einfluss der diese Arbeit ausführenden Lobbyisten, Verbände usw. bedauert und kritisiert.

Was den Umfang der Mittel anbelangt, so freut es mich natürlich, dass das Büro einen zusätzlichen Schritt machen will. Ich werde diesen Schritt unterstützen. Der neue Gesamtbetrag wird es den Fraktionen erlauben, einige zusätzliche qualifizierte Mitarbeiter anzustellen. Ich weise Sie jedoch darauf hin, dass der Gesamtbetrag für alle Fraktionen nach den Ausführungen des Referenten ungefähr 8 bis 8,5 Millionen Franken ausmacht. Wir werden morgen das Budget beraten. In diesem Budget 2010 sind in den verschiedenen Departementen wahrscheinlich Drittmandate für 100 bis 120 Millionen Franken eingestellt. Allein im VBS sind es 40 Millionen Franken, die für Drittmandate ausgegeben werden. Wenn die Fraktionen für ihr Funktionieren und damit gleichzeitig auch für das gute Funktionieren des Parlamentes weniger als 10 Prozent dieses Betrages beanspruchen, so scheint mir das alles in allem nicht übertrieben.

Ich werde den Antrag des Büros unterstützen und lade Sie ein, dasselbe zu tun.

Lombardi Filippo (CEg, TI), für das Büro: Zu Absatz 2: Der Nationalrat hat, wie ich bereits gesagt habe, beschlossen, dass eine Berichterstattung erfolgen soll. Unser Büro beantragt nun, ein Wort aus der Fassung des Nationalrates zu streichen. Der Nationalrat möchte eine Berichterstattung «über die konkrete Verwendung der Beiträge». Wir beantragen die Formulierung «über die Verwendung der Beiträge». Wir können nicht zwischen einer konkreten und einer abstrakten Verwendung der Beiträge unterscheiden.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag des Büros ... 28 Stimmen
 Für den Antrag Gutzwiller/Brändli ... 13 Stimmen

Ziff. II

Antrag des Büros
 Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II

Proposition du Bureau
 Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
 Für Annahme des Entwurfes ... 31 Stimmen
 Dagegen ... 10 Stimmen
 (1 Enthaltung)

09.9002

Mitteilungen der Präsidentin

Communications de la présidente

Präsidentin (Forster-Vannini Erika, Präsidentin): Die Motion Stadler 09.3896, «Eidgenössisches Parlament. Fit für die Zukunft», wurde von der Traktandenliste abgesetzt, da die SPK auf Einladung des Büros am 12. November 2009 beschlossen hat, die Motion vorzuberaten. Die Motion wird voraussichtlich in der Frühjahrssession im Rat behandelt.
 Wir haben nun noch einmal die Gelegenheit, ein Musikstück zu hören.

George Gershwin: An American in Paris

Basel Brass Quintet

Präsidentin (Forster-Vannini Erika, Präsidentin): Ich danke den Musikern ganz herzlich; solch fulminante Töne hören wir in diesem Rat selten. Ich möchte Sie alle im Namen der Regierung des Kantons St. Gallen ganz herzlich zu einem Apéro riche einladen. Ich bitte auch die Zuschauer, sich unter die Gäste zu mischen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend! (*Beifall*)

Schluss der Sitzung um 19.30 Uhr
La séance est levée à 19 h 30

